

Friedenspädagogische Konfliktanalyse Myanmar

WO? In welchem Land/ in welcher Region findet der Konflikt statt?

Myanmar, Südostasien



Lagekarte links: Myanmar in Asien
Quelle: The World Factbook 2021



Landkarte rechts: Myanmar Bundesstaaten
Quelle: Wikipedia, NordNordWest

WER? Welche Konfliktparteien sind beteiligt?

Eine zentrale Konfliktlinie in Myanmar besteht zwischen der sich im Jahr 2021 an die Macht geputschten **Militärregierung** und **demokratisch orientierten Gruppen**. Zudem gibt es bewaffnete Konflikte und Spannungen zwischen Militär- und Regierungstruppen und **ethnischen Minderheiten** (viele davon haben ihre eigenen bewaffneten Gruppen¹). Besonders

¹ Der englische Fachbegriff lautet „ethnic armed organisation“, kurz EAO.

betroffen ist der Bundesstaat Rakhine im Westen. Die Minderheit der muslimischen Rohingyas wird dort von den Militärs gewaltsam verfolgt. Seit Oktober 2023 kämpft zudem eine Allianz aus ethnischen bewaffneten Gruppen in den Bundesstaaten Rakhine und Shan gegen Kräfte des Militärs. Auch **innerhalb der Zivilgesellschaft** kommt es immer wieder zu gewaltsamen Vorfällen zwischen der buddhistischen Mehrheitsbevölkerung und der muslimischen Minderheit. Myanmar ist ein multiethnischer Staat mit über 135 verschiedenen Volksgruppen. Die größte ethnische Gruppe ist mit fast 70 Prozent der Bevölkerung die Gruppe der Bamar. Die Konflikte sind primär innerstaatlich.

WANN? Was sind die zentralen Ereignisse im Konflikt?

1948: Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich Großbritannien als Burma

Seit der Unabhängigkeit gibt es immer wieder bewaffnete Konflikte, in denen verschiedene ethnische Minderheiten für mehr Autonomie und politische Teilhabe kämpfen.

1962: Militärputsch

Eine erste demokratische Phase nach der Unabhängigkeit endet mit einem Militärputsch, fortan wird das Land von verschiedenen Militärregimen regiert. Sie setzen einen buddhistisch geprägten Nationalismus im Land durch, der zu Fremdenhass und Rassismus gegenüber anderen ethnischen und religiösen Gruppen führt. Die meisten Militärs gehören zur größten ethnischen Gruppe, den Bamar.

1982: Staatsbürgerschaftsgesetz mit 135 anerkannten Ethnien

Bereits 1978 beginnt die systematische Verfolgung der Minderheit der muslimischen Rohingya. Damals vertreibt das Militär rund 250.000 Menschen, v.a. nach Bangladesch. 1982 erlässt Burma ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz, das nur 135 Ethnien anerkennt und damit die Rohingya, welche nicht als Ethnie anerkannt werden, staatenlos macht.

1988-89: Erneute Proteste und Gründung der Nationalen Liga für Demokratie (NLD)

Proteste der Zivilbevölkerung gegen die Militärherrschaft und die schlechte wirtschaftliche Lage werden durch das Militär mit einem weiteren Putsch niedergeschlagen. Die „Nationale

Liga für Demokratie“ wird als Oppositionspartei gegründet. 1989 benennt das Militärregime Burma in Myanmar um.

1990: Demokratische Wahlen, Putsch des Militärs und Vertreibung der Rohingya

Die Nationale Liga für Demokratie (NLD) gewinnt die Wahlen, doch sie werden vom Militärregime für ungültig erklärt. Friedliche Proteste werden erneut gewaltsam niedergeschlagen. Weitere militärische Operationen gegen die Rohingya zwingen viele erneut zur Flucht.

2010-2015: Demokratischer Reformprozess

Das Militärregime erlaubt die politische Öffnung in Richtung einer Demokratie. Im November 2010 finden die ersten Wahlen seit 20 Jahren statt, welche die vom Militär aufgebaute Partei „Union Solidarity and Development Party“ (USDP) gewinnt. Erst 2015 finden weitgehend freie und faire Wahlen statt. Die NLD gewinnt die Wahlen.

2017: Eskalation der Gewalt im Bundesstaat Rakhine – Massaker und Massenvertreibung an den Rohingya

Die Gewalt in Rakhine eskaliert nach der Gründung einer „Befreiungsarmee der Rohingya“ (ARSA), die für sich beansprucht, die Rohingya zu repräsentieren. Als Reaktion auf die Angriffe der ARSA gehen Regierungstruppen, wie auch Teile der buddhistischen Bevölkerung, gewaltsam gegen die Rohingya vor. Fast eine Million Rohingya fliehen ins benachbarte Bangladesch. Die UNO bezeichnet das Vorgehen der Regierungstruppen als „ethnische Säuberung“, also systematische Verfolgung und Auslöschung von Angehörigen anderer ethnischer Gruppen.

2021: Militärputsch

Nach dem erneuten Sieg der NLD bei den Parlamentswahlen 2020 spricht das Militär von Wahlbetrug. Im Februar 2021 putscht dann das Militär erneut, nimmt die Führungspersonen der NLD fest und ruft einen landesweiten Notstand aus. Die darauffolgenden gewaltfreien

Massenproteste schlägt das Militärregime gewaltsam nieder und schränkt die Pressefreiheit stark ein.

2021/22: Intensivierung des bewaffneten innerstaatlichen Konfliktes

Die Bevölkerung protestiert gegen den Putsch mit Aktionen des zivilen Ungehorsams. Das Militärregime geht hart gegen Kritiker:innen vor. Politiker:innen und Aktivist:innen der NLD gründen daraufhin eine Art Exilregierung, die „National Unity Government“ (NUG). Insbesondere junge Menschen schließen sich ethnischen bewaffneten Widerstandsgruppen an. Viele dieser Gruppen kündigen bestehende Waffenstillstände mit dem Militärregime auf.

2023: Auflösung von Parteien

Das Militärregime löst im März die NLD und 39 weitere politische Parteien auf. Die NLD teilt mit, nicht gegen die Auflösung vorgehen zu wollen.

Seit Oktober 2023: Allianzbildung: Kämpfe und Widerstand gegen das Militärregime

Die „Brotherhood Alliance“, bestehend aus drei ethnischen bewaffneten Gruppen², schließt sich zusammen und startet eine Offensive gegen das Militärregime im Bundesstaat Shan. Dies löst erneute Kämpfe in anderen Teilen des Landes aus und führt landesweit zu einer vermehrten Koordination und Zusammenarbeit zwischen Widerstandsgruppen. Die People's Defence Forces (PDF) unter dem Kommando der Exilregierung NUG, weitere bewaffnete Widerstandsgruppen, die sich 2021 nach dem Militärputsch gegründet haben sowie weitere unabhängig handelnde, bewaffnete Gruppen versuchen gleichzeitig das Militär zu schwächen.

² Dazu gehört die Arakan Army (AA), die Myanmar National Democratic Alliance Army (MNDAA) und die Ta'ang National Liberation Army (TNLA), welche in verschiedenen ethnischen Regionen operieren. Die AA ist eine der größten bewaffneten Widerstandsgruppen in Myanmar und bricht mit der „Operation 1027“ einen 2022 mit der Armee vereinbarten Waffenstillstand.

WIE? Mit welchen Mitteln wird der Konflikt ausgetragen?

Militärregime & Regierungstruppen

- Schwere Menschenrechtsverbrechen, „ethnische Säuberungen“
- Verfolgung und militärische Gewalt gegen Minderheiten
- Vertreibung von ca. 1 Mio. Rohingya nach Bangladesch
- Systematische Diskriminierung von Minderheiten (z.B. Verweigerung der Staatsbürgerschaft und Verbot für Rohingya mehr als zwei Kinder zu bekommen)
- Verhaftungen
- Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit; Ausgangssperren und gewaltsames Vorgehen gegen Protestierende
- Luftangriffe und Artilleriebeschuss gegen bewaffnete ethnische Gruppen

Verschiedene ethnische bewaffnete Gruppen (u.a. Kachin Independence Army, Arakan Rohingya Salvation Army, Rohingya Solidarity Organisation, Karen National Liberation Army)

- Attentate auf staatliche Strukturen wie Polizei oder Militäreinrichtungen
- Finanzierung des bewaffneten Kampfes durch Schutzgelderpressung, teilweise Drogenökonomie, Menschenhandel, illegales Holzfällen und Bergbau

Zivilgesellschaft

- Friedliche und in Teilen gewaltsame Proteste gegen das Militärregime
- Finanzielle Schwächung des Militärregimes durch Boykott von Unternehmen, die dem Militär angehören oder von ihm finanziert werden
- Gründung einer Organisation „People’s Soldiers“, welche Soldaten bei ihrer Desertion unterstützt (finanziell, materiell, psychisch)

Allianz aus verschiedenen People's Defence Forces (viele gegründet nach dem Militärputsch 2021)

- Waffeneinsatz und Übernahme von Militärposten
- Einnahme von Grenzübergängen und wichtigen Transit- und Handelsstraßen nach China
- Gewaltsame Auseinandersetzungen mit Kräften des Militärs
- Beschlagnahmung von Ausrüstung und Waffen des Militärs

WARUM? Welche Erklärungen gibt es für den Konflikt?

Der Kampf um politische Teilhabe im Vielvölkerstaat Myanmar (machtbasierter Erklärungsansatz)

Bereits kurz nach der Unabhängigkeit kommt es in den vor allem von Minderheiten bewohnten Gebieten zu Konflikten um politische Teilhabe und Autonomie. Viele Minderheiten sehen sich in dem neu gegründeten Staat Burma nicht repräsentiert und streben politische Unabhängigkeit an. Die Idee eines zentralistischen Staates mit dem Militär als machtvollstem Akteur kann der Realität, insbesondere der Vielfalt an ethnischen Gruppen, nicht gerecht werden. So kämpfen in Rakhine buddhistisch-nationalistische Gruppen für Unabhängigkeit, im Norden des Landes kämpfen u.a. die Bevölkerungsgruppen der Kachin, der Karen und der Shan gegen Regierungstruppen. Vor allem in abgelegenen Gebieten, wie im gebirgigen Norden, entstehen parallele staatliche Strukturen. Föderalismus wird sowohl von Militärregierungen als auch von der demokratisch gewählten Regierung als Gefahr betrachtet, genauso wie andere religiöse Zugehörigkeiten wie die Rohingya.

Politischer Einfluss und Machterhalt (machtbasierter Erklärungsansatz)

Das Militär ist seit der Unabhängigkeit Myanmars der entscheidende politische Machtfaktor und hat das Land seit mehreren Jahren unter direkter Kontrolle. Um die politische Macht im Land – und damit auch die ökonomische Macht – zu sichern, wurde in den 1960er Jahren eine Praxis eingeführt, die dem Militärregime bis heute erlaubt, aus dem Militärdienst ausscheidende Offiziere, Posten in der Verwaltung, in der Regierung oder in der Wirtschaft

zuzuteilen. Die Macht des Militärs ist zudem in der Verfassung Myanmars (seit 2008) verankert. Die Verfassung besagt, dass das Militär von keinem zivilen Amt oder Gremium kontrolliert werden kann und zudem Anspruch auf 25 Prozent der Sitze im Parlament sowie wichtige Regierungsposten hat.

Systematische Unterdrückung der muslimischen Minderheit der Rohingya (kultureller Erklärungsansatz)

In ganz Myanmar werden Minderheiten systematisch unterdrückt und diskriminiert. Dies betrifft sowohl christliche Minderheiten wie die Karen im Norden, als auch die muslimische Minderheit der Rohingya im Nordwesten des Landes. Die Diskriminierung der Rohingya ist dabei besonders gewaltsam und kann auch als eine Spätfolge der Kolonialvergangenheit verstanden werden. Die britische Kolonialmacht hatte die Einwanderung von Muslimen als Arbeitskräfte aus Bangladesch gefördert. Während des Zweiten Weltkriegs wurden die Rohingya durch die buddhistische Mehrheitsbevölkerung nach Indien vertrieben. Rückkehrer:innen aus dieser Zeit bezeichnet die buddhistische Mehrheit oft als „illegale Einwanderer“, nicht als Einheimische. 2012 nimmt die Gewalt innerhalb der Bevölkerung stark zu, so rufen beispielsweise auch buddhistische Mönche öffentlich zu Gewalt gegen die muslimischen Rohingya auf.

FRIEDENSPOTENZIALE

Welche Friedensbemühungen gibt es bereits?

International: Verurteilung der Gewalt gegen die Rohingya und Einsetzen einer UN-Sonderbeauftragten

Kofi Annan, der ehemalige UN-Generalsekretär, war der Vorsitzende einer internationalen Kommission, die das soziale und ökonomische Wohl der buddhistischen Mehrheitsbevölkerung und der Rohingya sicherstellen sollte. Kurz nach der Veröffentlichung seines Abschlussberichts (25.08.2017) bricht die Gewalt zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen wieder aus und führt zu einer Massenvertreibung von hunderttausenden Rohingya und damit zu einer humanitären Krise. Durch das Veto von China und Russland bleibt der UN-Sicherheitsrat machtlos. Aufgrund von steigendem internationalem Druck stimmt die damalige zivile Regierung unter Aung San Suu Kyi zu, den Forderungen der UN-Kommission nachzukommen. Letztlich werden die Forderungen aber nicht umgesetzt. Zudem ernennen die Vereinten Nationen 2018 eine Sonderberichterstatterin für Myanmar zur Beobachtung der Menschenrechtsslage.

International: Untersuchung der Verbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof

Seit 2018 läuft ein Vorermittlungsverfahren gegen Myanmar. Da Myanmar allerdings kein Vertragsstaat des Internationalen Strafgerichtshofs ist, können nur Verbrechen, die einen Bezug zu Bangladesch haben (das ist nämlich ein Vertragsstaat) untersucht werden. Aufgrund der mangelnden Kooperation von Myanmar ist anzunehmen, dass die Verantwortlichen für ihre Taten nicht verurteilt werden.

International: Sanktionen und Aussetzen von Entwicklungshilfegeldern

Nach dem Militärputsch 2021 verhängt die EU Sanktionen gegen Militärs und vom Militär kontrollierte Unternehmen. Zudem beendete Deutschland aufgrund der gewaltvollen Vertreibungen der muslimischen Rohingya die Unterstützung Myanmars mit staatlichen

Entwicklungshilfegeldern. Es ist umstritten, ob diese Maßnahme eher das Militärregime oder die Zivilgesellschaft trifft.

Welche Friedensansätze werden diskutiert?

Rückkehr von vertriebenen Rohingya nach Myanmar

Immer wieder wird diskutiert, die Rohingya, von denen viele in überfüllten Flüchtlingscamps in Bangladesch leben, wieder zurück nach Myanmar zu bringen. Da sie dort jedoch weiterhin als Staatenlose gelten, verweist die UN darauf, dass seit dem Putsch 2021 keine sicheren und dauerhaften Bedingungen für eine Rückkehr der Rohingya gegeben sind. Die Staatenlosigkeit der Rohingya ist für deren Lage insofern besonders dramatisch, da sich kein Staat für ihr Wohlergehen verantwortlich fühlt.

Zivilgesellschaftliche Initiativen wie die Bewegung des zivilen Ungehorsams

Als größte Protestbewegung des Landes ruft das Bündnis des zivilen Ungehorsams zur Arbeitsverweigerung auf. Da die Presse- und Versammlungsfreiheit allerdings stark eingeschränkt sind, werden die Handlungsoptionen der Zivilgesellschaft immer kleiner. Immer wieder werden Menschen verhaftet oder deren Möglichkeiten zur Meinungsäußerung behindert, z.B. durch die Sperrung von Social-Media-Accounts.

Oppositionelle Kräfte wie die „Regierung der Nationalen Einheit“ (NUG)

Die NUG tritt seit dem Putsch 2021 als eine Art Schattenregierung zum Militärregime auf und versucht ihre Position in der internationalen Gemeinschaft auszubauen. Sie veröffentlichen im Oktober 2023 den „Prager Appell“, indem sie mit einem offenen Brief ihr Modell für eine föderale Nachkriegsdemokratie darlegen. Sie fordern zudem mehr Hilfe von der EU, strengere Sanktionen gegen die Militärregierung und die internationale Anerkennung als legitime Regierung. Dennoch operiert auch die NUG mit bewaffneten Kräften, wie den PDF's und vereinzelt ethnischen Widerstandsgруппierungen, gegen das Militär.

Bemühungen der Südostasiatischen Nationen (ASEAN)

Die ASEAN verabschiedet in Reaktion auf den Putsch im Februar 2021 einen 5-Punkte-Plan zur Bekämpfung der Unruhen für ihren Mitgliedsstaat Myanmar. Sie verurteilen die gewaltsamen Angriffe der Militärregierung und rufen zum Schutz der Zivilbevölkerung auf. Der Plan sieht folgendes vor: (1) ein Ende der Gewalt, (2) die Aufnahme eines Dialogs zwischen allen Akteuren, um eine friedliche Lösung im Interesse der Bevölkerung zu finden, (3) die Vermittlung des Dialogprozesses durch einen ASEAN-Sondergesandten, (4) die Bereitstellung humanitärer Unterstützung und (5) ein Besuch einer Delegation der ASEAN bei allen beteiligten Akteuren in Myanmar.

Bemühungen und Vermittlerrolle Chinas

China bemüht sich um Vermittlung zwischen den bewaffneten ethnischen Minderheiten und der Militärregierung, um einen Waffenstillstand und eine politische Lösung für den aktuellen Konflikt. China ist aufgrund der gemeinsamen Grenze an einer Deeskalation der Lage und einer Stabilität im Norden des Landes interessiert. Unter chinesischer Vermittlung kam es Mitte Dezember 2023 zu Gesprächen zwischen der „Brotherhood Alliance“ und dem Verhandlungsausschuss der Militärregierung. Die durch China im Januar 2024 verhandelte Waffenruhe wurde wenige Tage nach der Unterzeichnung wieder gebrochen.

Quellen

- Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Kriege und Konflikte: Birma/Myanmar. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54586/birma-myanmar/> (11.12.2023).
- Daum, Matthias (2021): Militärputsch in Myanmar. „Jetzt musst du laut werden!“. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/2021/16/militaerputsch-myanmar-un-sonderbeauftragte-christine-schraner-burgener> (07.09.2022).
- Deutschlandfunk (o.J.): Myanmar – Was der Putsch des Militärs bedeutet. Online verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/staatsstreich-myanmar-was-der-putsch-des-militaers-bedeutet-100.html> (11.12.2023).
- Deutsche Welle (o.J.): Myanmars Militär – Der Staat im Staat. Online verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/myanmars-milit%C3%A4r-der-staat-im-staat/a-56535647> (15.12.2023).
- Deutsche Welle (o.J.): Rebellenoffensive in Myanmar: Wie reagiert die EU? Online verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/rebellenoffensive-in-myanmar-wie-reagiert-die-eu/a-67596300> (20.12.2023)
- Deutsche Welle (2020): Deutschland zieht sich aus Myanmar zurück. Online verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/deutschland-zieht-sich-aus-myanmar-zur%C3%BCck/a-53435651> (26.02.2024)
- Europäischer Rat | Rat der Europäischen Union (2021): Myanmar/Birma: EU verhängt Sanktionen gegen zehn Personen und zwei vom Militär kontrollierte Unternehmen als Reaktion auf den Militärputsch vom Februar und die darauffolgende Repression. Online verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/04/19/myanmar-burma-eu-imposes-sanctions-on-10-individuals-and-two-military-controlled-companies-over-the-february-military-coup-and-subsequent-repression/> (07.09.2022).
- Eschborn, Norbert (2017): Die Kunst der Transition. Bringt der demokratische Übergang echten Wandel für Myanmar? Online verfügbar unter: <https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/die-kunst-der-transition> (20.12.2023).
- Fleming, Rebecca (2019): Der Internationale Strafgerichtshof und der Fall um die Rohingya – eine wegweisende Entscheidung? Online verfügbar unter: <https://dgvn.de/meldung/der-internationale-straferichtshof-und-der-fall-um-die-rohingya-eine-wegweisende-entscheidung/> (07.09.2022).
- Fox, Mandy (2020): Birma/ Myanmar. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54586/birma-myanmar/> (07.09.2022).

- Frankfurter Rundschau (o.J.): Myanmars geheime Regierung. Online verfügbar unter: <https://www.fr.de/politik/myanmars-geheime-regierung-92211706.html> (11.12.2023).
- Heinrich Böll Stiftung (o.J.): Wie die politische Krise des Militärs in Myanmar zum Putsch führte. Online verfügbar unter: <https://www.boell.de/de/2022/01/26/ein-jahr-danach-wie-die-politische-krise-des-militaers-myanmar-zum-putsch-fuehrte> (11.12.2023).
- Human Rights Watch (o.J.): Myanmar (Burma). Online verfügbar unter: <https://www.hrw.org/asia/myanmar-burma> (07.09.2022).
- Human Rights Watch (o.J.): Myanmar: ASEAN's Failed '5-Point Consensus' a Year On. Online verfügbar unter: <https://www.hrw.org/news/2022/04/22/myanmar-aseans-failed-5-point-consensus-year> (04.01.2024).
- Human Rights Watch (o.J.): Düstere Zukunft für Rohingya in Bangladesch und Myanmar. Online verfügbar unter: <https://www.hrw.org/de/news/2023/08/28/duistere-zukunft-fuer-rohingya-bangladesch-und-myanmar> (20.12.2023).
- International Crisis Group (o.J.): Myanmar. Online verfügbar unter: <https://www.crisisgroup.org/asia/south-east-asia/myanmar> (07.09.2022).
- International Crisis Group (o.J.): A New Escalation of Armed Conflict in Myanmar. Online verfügbar unter: <https://www.crisisgroup.org/asia/south-east-asia/myanmar/new-escalation-armed-conflict-myanmar> (04.01.2024).
- Tagesschau (o.J.): „Militärregime vor größter Prüfung seit Jahrzehnten“. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/myanmar-rebellen-erfolge-100.html> (13.12.2023).
- Tageszeitung (o.J.): Hilfe für Myanmar ausgesetzt. Online verfügbar unter: <https://taz.de/Entwicklungszusammenarbeit!/5667738/> (07.09.2022).
- Transnational Institute (o.J.): The Nationwide Ceasefire Agreement in Myanmar. Online verfügbar unter: <https://www.tni.org/en/article/the-nationwide-ceasefire-agreement-in-myanmar> (04.01.2023).
- UNO Flüchtlingshilfe Deutschland für den UNHCR (o.J.): Myanmar. Gewalt und Chaos nach Militär-Putsch. Online verfügbar unter: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/myanmar> (07.09.2022).
- United Nations Human Rights (o.J.): Special Rapporteur on the situation of human rights in Myanmar. Online verfügbar unter: <https://www.ohchr.org/en/hrbodies/sp/countriesmandates/mm/pages/srmyanmar.a.spx> (07.09.2022).
- United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (o.J.): Myanmar. Humanitarian Update No. 34 (10. November 2023). Online verfügbar unter: <https://www.unocha.org/publications/report/myanmar/myanmar-humanitarian-update-no-34-10-november-2023> (04.01.2023).

United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (o.J.): Myanmar: Intensification of Clashes Flash Update 10 (15. December 2023). Online verfügbar unter: <https://www.unocha.org/publications/report/myanmar/myanmar-intensification-clashes-flash-update-10-15-december-2023-enmy#:~:text=Conflict%20between%20the%20MAF%20and,civilian%20properties%20in%20numerous%20townships> (04.01.2024).

Uppsala Conflict Data Program (o.J.): Myanmar (Burma). Online verfügbar unter: <https://ucdp.uu.se/country/775> (07.09.2022).

USIP 2024: Three Years After Coup, Myanmar's Generals Face an Existential Crisis. Online verfügbar unter: <https://www.usip.org/publications/2024/02/three-years-after-coup-myanmars-generals-face-existential-crisis> (26.2.2024)

Abbildungen

Abbildung 1: The World Factbook 2021. Washington, DC: Central Intelligence Agency, 2021. Online verfügbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/burma/locator-map> (18.08.2022).

Abbildung 2: Karte der politischen Gliederung von Myanmar, NordNordWest. Stand: 2017. Lizenz: Creative Commons <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>. Online verfügbar unter: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/5/58/Myanmar%2C_administrative_divisions_-_de_-_colored_2010.svg (12.02.2024).